

Ludwig Raiser wird 75

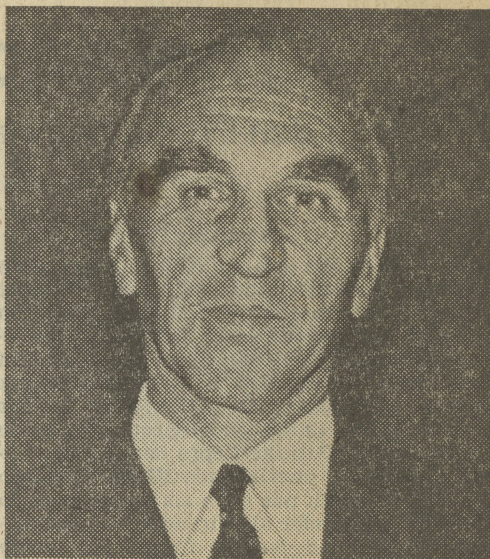
Verteidiger des Gemeinwohls

Von unserem Redaktionsmitglied Chr. Schütze

Ludwig Raiser, der Jurist und Wissenschaftspolitiker, protestantische Christ und liberale Streiter für lebendige Demokratie wird heute in Tübingen 75 Jahre alt. Er hat es stets abgelehnt, „in die Politik zu gehen“, etwa als Abgeordneter, und hat doch tief in die Politik gewirkt. Als Vorsitzender der „Kammer für öffentliche Verantwortung“ der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) hatte er entscheidenden Anteil an der „Ostdenkschrift“ von 1965, die er gegen Vertriebenenfunktionäre und innerkirchliche Kritiker verteidigte. Sie brachte ihm viel persönliche Feindschaft und Verunglimpfung ein, doch half sie den Boden bereiten für die spätere Ost-Vertragspolitik der sozial-liberalen Koalition. Zusammen mit anderen Tübinger Professoren sprach er sich 1972 für diese Ostverträge aus und forderte die deutsche Öffentlichkeit auf, SPD oder FDP zu wählen, damit diese auf Ausgleich zielende Ostpolitik nicht unterbrochen werde.

Zu dieser Zeit war Ludwig Raiser Präses der Synode der EKD, die ihn 1970 nach der Los-trennung der mitteldeutschen Kirchen und nach dem Rücktritt des bisherigen Synodalpräsidenten Puttfarcken in kritischer Situation gewählt hatte. Als „Reformpräses“ nahm Raiser die Arbeit auf, so wie er vorher schon als Rektor der Universität Göttingen unmittelbar nach dem Krieg, dann als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (1952 bis 1955), als Vorsitzender des Wissenschaftsrates (1961 bis 1965) und als Rektor der Universität Tübingen während der Zeit des Aufbegehrens der Studenten an der Studien- und Hochschulreform wesentlichen Anteil nahm.

Am Grundgesetz hat er gelegentlich Kritik geübt. Seine Väter hätten es versäumt, neben den Grundrechten des Bürgers auch deren Grundpflichten aufzuschreiben. So werde der Sozialstaat zum Versorgungsstaat und Bürgerfreiheit zum Freibrief gegen jede Forderung des Staates, dem Gemeinwohl freiwillig zu dienen oder erzwungene Opfer zu bringen. Erstaunt äußerte er sich über den Optimismus



LUDWIG RAISER

der christlichen Mitverfasser des Grundgesetzes und ihr Vertrauen in die Aufklärungsphilosophie, wonach der Mensch gut, zur Selbstregierung fähig und zum rechten Gebrauch der Freiheit begabt sei. Solche Skepsis aus geschichtlicher Erfahrung war 1969 nicht gefragt, als der Neomarxismus die geschichtslose erste Nachkriegsgeneration an den Universitäten überflutete. Raiser behauptete sich in stundenlangen *sit-ins* und Rektoratsbesetzungen gegen den SDS, dessen Mitglieder letztlich nicht an der Einsicht vorbeikamen, daß dieser Rektor nicht den Muff von tausend Jahren im Talar hatte, sondern eine einzigartige Biographie des opfervollen Dienstes für die Belebung der Demokratie in der Bundesrepublik vorweisen konnte.

Er flößte ihnen persönlichen Respekt ein, und vier Jahre später verabschiedeten sie ihn mit großem Fackelzug als „letzten Liberalen“. Die Verantwortung des Nicht-Politikers für die *res publica*, von der viel die Rede war und ist — Raiser hatte sie auf sich genommen. Das Gemeinwesen hat dem Bereitwilligen, der als Christ Pflichten in der Politik zu übernehmen bereit war, viel aufgeladen. Da das Gemeinwohl bei uns keine Lobby hat, braucht es einzelne, die es verteidigen. Ludwig Raiser hat das bis an die Grenze seiner Kräfte und weit über die „Altersgrenze“ hinaus getan. Die Bundesrepublik schuldet ihm Dank.